

Für einen Neustart in der Wirtschaftspolitik

In der Rangliste attraktiver Wirtschaftsstandorte ist NRW auf einen der letzten Plätze abgerutscht. Neben zu viel Bürokratie, hoher Steuerbelastung und fehlenden Innovationsanreizen verschlechtern insbesondere hohe Energiekosten, Arbeitskräftemangel und eine veraltete Infrastruktur die Standortqualität. NRW braucht eine wachstums- und angebotsorientierte Wohlstandspolitik, die Investitionen in Innovationen fördert, wertschöpfende Arbeitsplätze sichert und neue zukunftsfähige Arbeitsplätze schafft. NRW soll zentraler Standort für Genehmigungsbeschleunigung, Verwaltungsdigitalisierung, Talente, Ideen, Forschung und Innovationen werden. Die Landesregierung muss sich daher unter anderem für einen Belastungsstopp für die Wirtschaft und eine dauerhaft wirkende Bürokratiebremse einsetzen. Auch sämtliche Förderprogramme und -verfahren müssen transparent, bürokratiearm, effizient und nutzerfreundlich ausgestaltet werden. Zudem müssen die Steuerbelastungen in NRW mindestens auf den Bundesdurchschnitt gesenkt werden. Außerdem soll das Land den Weg zur Erreichung des Klimaneutralitätsziels im Jahr 2045 ausgestalten und auch Maßnahmen und Technologien für zirkuläres Wirtschaften sowie CO₂-Speicherung ermöglichen und fördern.

» [Link zum Antrag](#)

Einführung eines Ideenwettbewerbs für die Justiz

Ab dem Jahre 2025 gehen die ersten Babyboomer in den Ruhestand. Der schon heute bestehende Personalnotstand wird sich weiter verschärfen. Dies trifft auf sehr viele Branchen zu, darunter die NRW-Justiz. Um diesen Personalrückgang ausgleichen zu können, sind neue IT- und KI-Lösungen in der Justiz erforderlich, die es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erlaubt, sich auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren. Daher fordern wir die Landesregierung auf, einen jährlich stattfindenden Ideenwettbewerb zu etablieren, der es allen Mitgliedern der Justiz ermöglicht, aus der täglichen Praxis digitale Verbesserungsvorschläge einzubringen. Andere Bundesländer, z. B. Hessen und Sachsen, haben bereits solche erfolgreichen Wettbewerbe durchgeführt. Die durch diesen Wettbewerb aufgenommenen Digitalisierungsideen werden ausgewertet und bei ihrer Eignung durch die Justiz umgesetzt. NRW muss im Bereich „KI und Justiz“ Vorreiter werden.

» [Link zum Antrag](#)



Debatte zum Klimaschutzpaket

Unser Fraktionsvorsitzender Henning Höne hat in der Debatte über das Klimaschutzpaket der Landesregierung die Abschaffung der 1.000-Meter-Abstandsregel bei Windenergieanlagen kritisiert. Für uns Freie Demokraten ist klar: Nicht der gesetzliche Mindestabstand ist das Problem, sondern die Dauer der Planungs- und Genehmigungsverfahren. Diese nehmen durchschnittlich 23 Monate Zeit in Anspruch. Wir wollen am gesetzlichen Mindestabstand festhalten, landesweit, verlässlich und klar. Denn: Der Mindestabstand von Windenergieanlagen schafft Akzeptanz und Rechtssicherheit.

» [Video: Rede von Henning Höne](#)

Smarteres Rohstoffmanagement statt „Kies-Euro“

Stark gestiegene Zins- und Materialkosten sorgen für explodierende Baupreise und treiben viele Projekte in die Unwirtschaftlichkeit. Die Baupreise in NRW sind zwischen Februar 2019 und Februar 2023 um 34 Prozent gestiegen. In dieser Phase hält die Landesregierung an ihren Plänen fest, die Baukosten durch die Einführung einer gesonderten Abgabe auf Kies und Sand weiter zu verteuern. Damit wird die Schaffung von dringend benötigtem Wohnraum weiter ausgebremst, ebenso wie die Sanierung von Straßen und Brücken und der Bau von Windkraftanlagen. Für uns ist klar: In der gegenwärtigen Lage, in der die Inflation auch die Baupreise erfasst hat und eine dauerhafte Trendumkehr noch nicht absehbar ist, verbietet sich die Einführung eines „Kies-Euro“. Wir plädieren für eine landeseigene Rohstoffstrategie. Das Land soll die Rohstoffversorgung in NRW bedarfsgerecht und nachhaltig ausgestalten. Wir wollen den erhöhten Einsatz von Recyclingstoffen beim Bau ermöglichen und Rohstoffe effizienter einsetzen.

» [Link zum Antrag](#)

Wir engagieren uns für die Blutspende

Die Blutspendedienste warnen aktuell davor, dass in NRW demnächst die Blutkonserven knapp werden könnten. Und immer wieder kommt es zu saisonalen Schwankungen. Die FDP-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung auf, aktiv für Blut- und Plasmaspenden zu werben und innovative Wege zu suchen, um die Spendebereitschaft zu erhöhen. Bei der Information über Blutspenden und bei den Werbemaßnahmen soll das Land auf Mehrsprachigkeit setzen. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass Blutspenderinnen und Blutspender künftig eine Dankes-SMS erhalten: Wer Blut oder Plasma spendet, soll freiwillig seine Mobilnummer hinterlegen können. Wenn die Spende dann genutzt wird, vielleicht sogar akut ein Menschenleben rettet, erhält man eine Dankesbotschaft per SMS. Denn zu wissen, dass das eigene Tun geholfen hat, motiviert nachhaltig!

» [Link zum Antrag](#)

Reform endlich umsetzen – Update für das BHKG

Der Katastrophenschutz in NRW wurde durch die Hochwasserkatastrophe des Jahres 2021 in besonderem Maße herausgefordert. Dieses Ereignis hat deutlich vor Augen geführt, dass große Katastrophenszenarien plötzlich und jederzeit auftreten können. Aus unserer Sicht muss das Land im Katastrophenschutz mehr Kompetenzen bekommen und Aufgaben übernehmen, um Kreise und kreisfreie Städte im Katastrophenfall umfassend unterstützen und entlasten zu können. Die Landesregierung muss jetzt endlich aktiv werden: Der Katastrophenschutz muss mit einer Reform des Gesetzes über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz (BHKG) gestärkt werden. Sei es im Bereich der Organisation und Zuständigkeiten, Bildung von Krisenstäben, Ehrenamt, Versorgung oder Kommunikation. An vielen Stellen besteht gesetzgeberischer Handlungsbedarf, um auf kommende Katastrophen schnell und passgenau reagieren zu können. NRW kann nicht auf die nächste Katastrophe warten. Wir müssen handeln!

» [Link zum Antrag](#)

Attraktivitätsoffensive für den Öffentlichen Dienst

Mehr als 20.000 Stellen im Öffentlichen Dienst sind dauerhaft unbesetzt, weitere 30.000 Beschäftigte gehen in den nächsten Jahren in den Ruhestand. Angesichts des allgemeinen Fachkräftemangels wächst der Problemdruck. Selbst attraktive Ausbildungsangebote finden nicht genügend Bewerberinnen und Bewerber. Die Ankündigung der schwarz-grünen Koalition in ihrem Koalitionsvertrag, den Öffentlichen Dienst stärken zu wollen, hat bislang keine Aktivitäten produziert. Wir fordern daher, die von der FDP in der letzten Wahlperiode mitinitiierte Attraktivitätsoffensive für den Öffentlichen Dienst fortzusetzen. Die Landesregierung soll im Dialog mit den Berufsverbänden die Arbeitszeiterleichterung bei besonderen persönlichen Lebenssituationen, das Zulagenwesen und das Laufbahnrecht verbessern.

» [Link zum Antrag](#)